



NEUE STRASSENAMEN BRAUCHT DIE STADT?

ZUM ABSCHLUßBERICHT DER BERLINER "UNABHÄNGIGEN KOMMISSION ZUR UMBENENNUNG VON STRASSEN" - EINE POLEMIK

von Frank Dingel

Kann man einem Katholiken zumuten, in der Martin-Luther-Straße zu wohnen? Wenn es nach dem ehemaligen stadtpolitischen Sprecher der FDP Wolfgang Mleczkowski geht, wohl kaum. Denn Herr Mleczkowski findet es als liberaler Demokrat unerträglich, daß in Berlin eine Straße nach der sozialistischen Demokratin Rosa Luxemburg benannt bleiben soll. Die Kommission, immerhin, will Rosa Luxemburg als Straßennamen behalten. Dies ist auch das einzig Positive, was man zu diesem Bericht sagen kann.

Die Empfehlungen sind bis auf eine einmütig gefaßt worden. Die eine Ausnahme betrifft die Rückbenennung des Bersarinplatzes in Baltenplatz. Der intelligentere Teil der Kommission - Ella Barowsky, Laurenz Demps und Heinrich August Winkler - vermochte offenbar nicht einzusehen, daß es ein nachvollziehbares Verfahren ist, einem Platz seinen reaktionären Namen wiederzugeben, sich aber etwas anderes dabei zu denken (statt an Baltendeutsche an Esten, Litauer und Letten), um so in den Stand politischer Unschuld zu gelangen. Allerdings wird dies im Minderheitenvotum so nicht ausgesprochen. Vielmehr wird eine formale Argumentation bevorzugt, die der inhaltlichen ausweicht und logisch eigentlich zur Selbstauflösung der Kommission hätte führen müssen. Die Umbenennung sei nämlich im Juli 1947, "also lange vor der Gründung der DDR, durch einen von Louise Schröder unterzeichneten Beschluß des (Gesamt-) Berliner Magistrats" erfolgt. Es wird also statt auf die inhaltliche Argumentation, ob der erste sowjetische Stadtkommandant Berlins eine Platzbenennung verdient hätte oder nicht, allein auf die Legitimation durch Verfahren abgestellt. Woraus wir schlußfolgern dürfen, daß ein

Bersarin, der erst durch eine Ostberliner Namensgebung nach der Spaltung zu Platzbenennungssehnen gekommen wäre, bei der gesamten Kommission keine Chance gehabt hätte. Wenn aber das demokratische Verfahren das Kriterium ist: warum dann zentral gesteuerte Straßenumbenennungen, obwohl seit 1990 in den Ostberliner Bezirken dieselben rechtlichen Bedingungen bestehen wie in den Westberliner? Damit kommen wir zum Kern. Bestimmte Straßennamen passen der Kommission nicht. Sie müssen daher geändert werden ungeachtet der Tatsache, daß es die

Mehrheit in den betroffenen Bezirksverordnetenversammlungen offenbar anders sieht. Die Kommission ist also gezwungen, inhaltlich zu werden. Zwei grundlegende Argumentationsstränge sind auszumachen: die Rückkehr zu den alten Straßennamen - hinter dieser Tendenz dürfte Prof. Laurenz Demps stehen - und die kapitalistisch-pluralistische Demokratie Bonner Prägung als Maßlatte für die Würdigkeit bzw. Unwürdigkeit einer Person, Namensgeber einer Straße zu werden. Für diese Position steht vermutlich Prof. Heinrich August Winkler.



Der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. brachte am 2. Oktober 1994 in der Clara-Zetkin-Straße ein Informationsschild mit folgendem Titel an:

"Bis 1951 Dorotheenstraße. Dann umbenannt nach Clara Zetkin, 5.7.1957 - 20.8.1933; Frauenrechtlerin und Politikerin, Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags.

Seit 1878 Mitglieder der SPD, hielt 1879 auf dem Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale die Grundsatzrede zu den Rechten der Frau. Herausgeberin der Zeitschrift "Gleichheit". 1919 Wechsel zur KPD, von 1927 bis 1929 Mitglied des KZ der KPD und bis 1933 Reichstagsabgeordnete. 1932 mahnte sie in ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags die Arbeiterorganisationen zur Einheit gegen den Faschismus und entwarf die Zukunftsvision eines Räte-Deutschlands." Foto: Georg Armbrüster



Exemplarisch kann man diese grundlegenden Einstellungen am Vorschlag, die Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße rückzubenennen, studieren. Die Eloge auf Dorothea wäre dem "Goldenen Blatt" würdig: "Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten, verdankt Berlin die Dorotheenstadt. Sie entstand ab 1673 auf einem sumpfigen Ackergelände westlich des Lustgartens, das ihr der große Kurfürst als Hochzeitsgabe überlassen hatte." Sollte der Stadthistoriker

Laurenz Demps hinter diesen Zeilen stehen, dann können wir hier den interessanten Vorgang beobachten, wie sich eine ehemals "rote Socke" preussisch-blau umfärbt. Gegen die adlige Dorothea hat die proletarische Clara wenig Chancen. Von der SPD über die USPD zur KPD gekommen, wagt sie am 30. August 1932 die Hoffnung zu äussern, noch Räte-Deutschland erleben zu dürfen. Und jetzt spricht vermutlich der Historiker der Weimarer Republik, Heinrich August Winkler: "Clara Zetkins Verdienste um die Frauenemanzipation in der Zeit vor 1914 werden durch ihr späteres Engagement für eine kommunistische Parteidiktatur nicht ausgelöscht, aber doch stark verdunkelt." Deswegen Daumen nach unten. Was hier abgestraft wird, ist nicht das Bekenntnis zu einer "kommunistischen Parteidiktatur", sondern die Unverfrorenheit, sich eine demokratisch-sozialistische Alternative zum 1918/19 erreichten sozialdemokratisch-bürgerlichen Parlamentarismus vorzustellen. Es steht ja außer Frage, daß sich auch eine Clara Zetkin geirrt hat, aber heißt die Konsequenz, in eine Zeit zurückzugehen, in der man Frauenemanzipation noch nicht einmal buchstabieren konnte? Oder um die nun auch nicht ge-



Seit Jahren kümmert sich der Verein Aktives Museum darum, daß eine Zusatzinformation an der Niederkirchnerstraße erhalten bleibt: "bis 1951: Prinz-Albrecht-Straße; Zwischen 1933 und 1945 war dies die am meisten gefürchtetste Adresse in Berlin. In der Prinz-Albrecht-Straße 8 befand sich die Zentrale der GESTAPO. 1951 wurde die Straße zum Gedenken an die von den Nazis in Ravensbrück hingerichtete Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner umbenannt. Das soll auch so bleiben!"
Foto: Georg Armbrüster

rade geliebte Rosa Luxemburg zu variieren: die Fehler der kantigen Clara Zetkin sollten uns tausendmal lieber sein, als die huldvollen Wohltätigkeiten der liebevollen Dorothea.

Was heißt hier überhaupt Fehler? Die rundum fehlerlose Persönlichkeit, mit der man sich hundertprozentig identifizieren kann, sogar muß, war, dachte ich bislang, eine Konstruktion des stalinistischen Personenkultes. Unsere Kommission steht den stalinistischen Graishütern in diesem Punkt allerdings in nichts nach. Wenn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, dann betrachten sich die Kommissionsprofessoren offenbar als seine Stellvertreter auf Erden. Ad exemplum Karl Liebkecht: "Die Abwägung von historischen Verdiensten und historischer Schuld Karl Liebkechts hat die

Kommission zu dem Vorschlag veranlaßt, den Namen Karl-Liebkecht-Straße für einen Teil der Straße...beizubehalten, für den (anderen) Teil... aber eine Umbenennung vorzunehmen." Historiker als Vermessungsingenieure von Schuld und Verdienst im Berliner Straßenbild - wo soll das nur hinführen! Nehmen wir z.B. die schon eingangs erwähnte, mehrere Kilometer lange Martin-Luther-Straße. Sagen wir, Luther hat aufgrund seiner Bibelübersetzung die Straße in voller Länge verdient. Da er aber zugleich die Christenheit gespalten hat, was wir heute angesichts der Herausforderung durch den islamischen Fundamentalismus nur als Schuld werten können, müssen wir ihm mindestens einen Kilometer wieder aberkennen. Für seine antijüdischen Ausfälle müßten wir ihm eigentlich noch mehr aberkennen, lassen es aber, weil sonst die Steglitzer Partei-

freunde von CDU und FDP Anstoß nehmen könnten. Seine Stellungnahme für die Fürsten und gegen die Bauern bringt ihm, so wie der Zeitgeist heute weht, wieder mindestens 500 Meter Straßenland ein, usw.

"Von der Parteien Haß und Gunst verzerrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte" gilt nicht nur für Wallenstein. Wenn man Straßen nicht einfach durchnummerieren will, sondern sie nach Persönlichkeiten benennt, dann muß man die Widersprüche nicht nur der Person, sondern auch ihrer Ideen und des von ihr evozierten historischen und politischen Kontextes aushalten können. Wie wenig die Kommission dazu in der Lage ist, soll an einem letzten Beispiel demonstriert wer-



den: dem Vorschlag, die Niederkirchnerstraße in "Am Preußischen Landtag" umzubenennen.

Als erstes fällt sofort auf, daß das "Demps-Prinzip" nicht angewandt wird, denn dann hätte der Vorschlag einer Rückbenennung in "Prinz-Albrecht-Straße" erfolgen müssen. Da aber Prinz-Albrecht-Straße gleichbedeutend mit Gestapo ist, wäre das Berliner Abgeordnetenhaus, das, zumindest in Teilen, um die Reputierlichkeit seiner Adresse besorgt ist, vom kommunistischen Regen in die faschistische Traufe gekommen. Man behilft sich, indem man zum "Talmi-Demps-Prinzip" greift: Historizität wird vorge spiegelt. Statt "Am Abgeordnetenhaus" soll es nun heißen "Am Preußischen Landtag", womit man zumindest dem reaktionären Gemüt signalisieren will, daß Preußen, wenn schon nicht als Staat, so doch als Straßenschild weiterlebt.

Die Chance, die hier vertan wird, wird gar nicht bemerkt. Auf der Niederkirchnerstraße - 1951 nach einer in Ravensbrück ermordeten kommunistischen Widerstandskämpferin benannt - steht ein, inzwischen unter Denkmalschutz gestelltes Stück Mauer. Hinter der Mauer liegt das Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes. Eine stärkere Verdichtung des historischen Problemnäuels Deutschland im 20. Jahrhundert ist kaum vorstellbar.

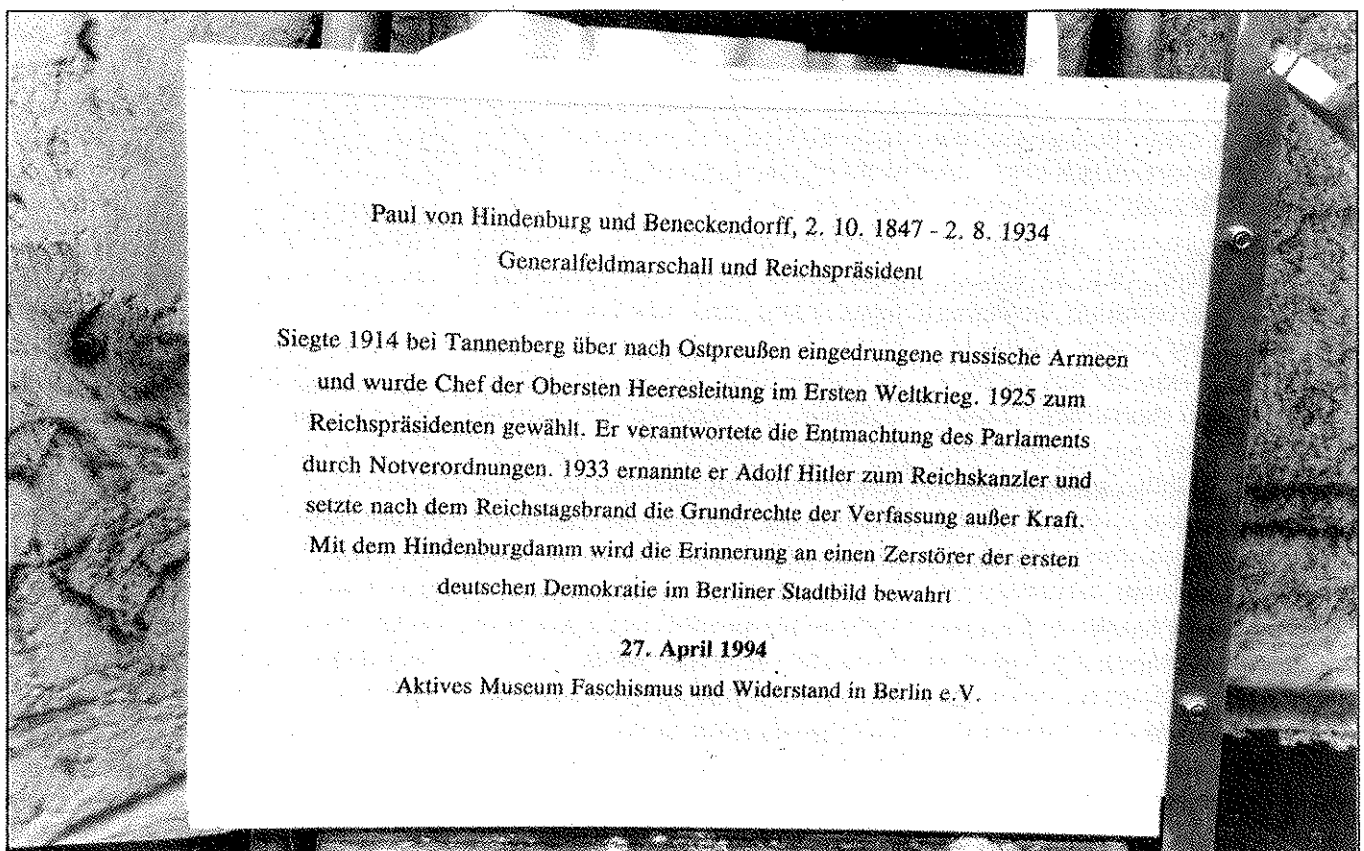
Zum Abschluß noch ein konstruktiver Vorschlag. Wenn von den vielen Doppel- und Dreifachnennungen bei Straßenbezeichnungen ausgerechnet der doppelt vorkommende Name Niederkirchner stört, dann sollte an der ehem. Prinz-Albrecht-Straße der Vorname hinzugefügt werden, und die Käthe-Niederkirchner-Straße am Prenzlauer Berg in Eva-Maria-Buch-Straße umbenannt werden. Dies wäre eine Reve-

renz gegenüber dem Widerstand aus religiöser, hier katholischer Überzeugung. Daß Eva-Maria Buch als Mitglied der "Roten Kapelle" hingerichtet wurde, die gemeinhin als kommunistische Gruppe eingestuft wird, wäre ein weiterer Grund darüber nachzudenken, ob das Denken in Schubkästen wirklich weiterhilft.

Redaktionelle Anmerkung:

Die Kommission ist vom Berliner Verkehrsena-tor (!) berufen worden und hat ihren Bericht im Frühjahr 1994 erstellt. Mitglieder der Kommission waren die Professoren Dr. Arnulf Baring, Dr. Laurenz Demps, Dr. Christoph Stölzl, Dr. Heinrich August Winkler sowie Dr. Ella Barowski, Dr. Ursula Besser und Peter Matz.

(Frank Dingel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors.)



Bei einer Rundfunkdiskussion über die Berliner Straßennamen forderte das Mitglied der unabhängigen Kommission, Prof. Winkler, daß in Berlin keine Straßen nach Menschen benannt sein dürften, die zur Zerstörung der ersten Republik beigetragen. Das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. nahm diesen Hinweis auf und Vereinsmitglieder brachten am 27. April 1994 dieses Zusatzschild am Hindenburgdamm an.

Foto: Georg Armbrüster.